Bund fördert Aufnahme von 1.100 Jesiden in Deutschland

2. Februar 2017

Berlin (KNA) Die Bundesregierung fördert über das Landesaufnahmeprogramm Baden-Württemberg die Aufnahme von 1.100 jesidischen Flüchtlingen in Deutschland. Wie es in einer am Mittwoch veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen heißt, wohnen die Jesiden in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Vor einer Bestimmung von Kontingenten für eine Neuansiedlung (Resettlement) prüfe die Bundesregierung „gemeinsam mit dem UNHCR den weltweiten Bedarf an Neuansiedlungen und erarbeitet auf dieser Grundlage eine Aufnahmeanordnung“. Zur Zahl der jesidischen Schutzsuchenden aus Syrien und dem Irak, die bis einschließlich Dezember eine Umverteilungszusage nach Deutschland erhalten haben, aber sich noch in Griechenland befinden, verweist die Bundesregierung darauf, dass die aktuellen Daten zur Religionszugehörigkeit ausschließlich auf Angaben der Betroffenen gegenüber der griechischen Asylbehörde beruhen. Die Angabe sei im Rahmen des Relocationverfahrens nicht zwingend gefordert. Mit Stand vom 27. Dezember sei für 46 Menschen, die gegenüber der griechischen Asylbehörde eine jesidische Religionszugehörigkeit angegeben haben, eine Zusage zur Umverteilung nach Deutschland ergangen. Davon hätten 10 die syrische und 36 die irakische Staatsangehörigkeit, hieß es. (KNA – rkmkl-89-00093)

Stand: 23. November 2026